PB.B-01-164-5

Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Esther Lau (KV Koblenz)

Änderungsantrag zu PB.B-01

Von Zeile 163 bis 164 einfügen:
ist. Grundlage all dessen ist jedoch eine auskömmliche Bildungsfinanzierung, vor allem in den Grundschulen und Kitas, da hier die Basis gelegt wird. Von der Kita und weiter über alle Schulformen müssen Kinder und Jugendliche sich dabei sich frei entwickeln können und vor Diskriminierung geschützt sein. Dafür braucht es für alle Menschen im Bereich der Bildung Ansprechpersonen und Bildungsprogramme zur Stärkung und Sicherung unserer Demokratie gegen destruktive Kräfte. Hierfür gilt es entsprechende Pilotprojekte und entsprechende Maßnahmen in den Bereichen Demokratieverständnis, Geschlechtergerechtigkeit, Diversität und LGBTQIAP+ zu fördern und zu unterstützen.

Begründung

Unsere Demokratie erhalten und stärken und mehr Maßnahmen dazu schon in Kita und Schule!

Minderheiten und Schwächere schützen, die schweigende Mehrheit ermutigen und lebendige Demokratie früh vermitteln - das ist wichtig! Hierzu fehlt es noch konkrete Aspekte im Kapitel "Bildung und Forschung" - hier knüpft dieser Änderungsantrag an.

Noch viel zu oft gilt auch im Bereich der Bildung, dass sich der Stärkere durchsetzt und dies auf Kosten von Schwächeren und Minderheiten. Dabei wird oftmals schon in frühen Lebensjahren gelernt, dass es auch für die Mehrheit, die dies nicht gut findet, schweigen besser zu sein scheint, als sich im Sinne unserer demokratischen Wert für alle einzusetzen. Wie sich dies zu zerstörerischen Kräften entwickeln kann, sehen wir immer wieder und auch gerade jetzt in Zeiten einer Pandemie, in der sich extreme Kräfte zusammenschließen und unsere Demokratie aushöhlen. Menschen schon von Beginn an zu befähigen, sich für eine starke und vielfältige Gesellschaft einzusetzen und nicht zur schweigenden Mehrheit zu gehören, muss stärker in den Blick von Bildung rücken. Dazu brauchen wir entsprechende Maßnahmen, die das Demokratieverständnis und eine Akzeptanz der Diversität fördert, auch im Sinne real gelebter Inklusion. Nur im Einklang und Verständnis zwischen den Geschlechtern geschieht kann dies gelingen. Noch immer ist die Suizidrate von LGBTQIAP+ Jugendlichen um ein vielfaches höher, als von anderen Jugendlichen, auch weil es keine Schutzräume und Ansprechpersonen gibt. Noch immer trauen sich Kinder, die Missbrauch und Gewalt erfahren, sich nicht Schutz zu suchen. Hierfür braucht es mehr Maßnahmen, damit alle Kinder und Jugendliche sich frei entwickeln können.

weitere Antragsteller*innen

Jeanne Emilia Riedel (KV München); Uwe Fröhlich (KV Potsdam); Stefan Müller (KV Düsseldorf); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Tamara Pruchnow (KV Bamberg-Stadt); Bjarne Utz (KV Havelland); Jean Carl Demant (KV Potsdam-Mittelmark); Dominik Santner (KV Bremen-Ost); Katha Blaeser (KV

Düren); Adrian Zeise (KV Potsdam); Claudia Weise (KV Prignitz); Rafael Schyska (KV Bremen-Nordost); Daniel Meile (KV Potsdam); Torsten Mario Klein (KV Westerwald); Antje Knieper (KV Westerwald); Christine Reeka (KV Koblenz); Alexandra Scholz (KV Bremen LdW); Franziska Tell (KV Bremen-Nordost); Marlon Wrasse (KV Westerwald)